

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Arbeitszeit im Rettungsdienst nicht erhöhen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rettungsdienst außerhalb der Feuerwehr Bremen stellen bereits heute, nachdem vor drei Jahren ihre wöchentliche Arbeitszeit ohne Lohnausgleich von 38,5 auf 44 Stunden erhöht wurde, ihre Arbeitskraft mehr als normalerweise üblich zur Verfügung.

Bei der Tätigkeit im Rettungsdienst handelt es sich nicht nur um eine gesellschaftlich wichtige und fachlich anspruchsvolle, sondern auch um eine körperlich schwere Arbeit in Wechselschicht. Darüber hinaus hat sich die Arbeit von Beschäftigten im Rettungsdienst in den letzten zehn Jahren derartig verdichtet, dass kostensenkende zeitliche „Optimierungspotenziale“ allenfalls errechenbar, nicht aber als tätigkeitsfreie und somit entlastende Zeitfenster für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spürbar sind.

Dennoch drängen die Krankenkassen darauf, die Arbeitszeit erneut, nunmehr auf 48 Stunden pro Woche, anzuheben. Arbeit muss aber nicht nur effektiv, sondern auch zeitlich gesundheitsverträglich gestaltet werden. Das gilt gerade für Schicht- und Wochenendarbeit.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtbürgerschaft beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die wöchentliche Arbeitszeit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rettungsdienst in der Stadtgemeinde Bremen nicht weiter zu erhöhen.
2. sich dafür einzusetzen, dass Arbeitszeit und insbesondere Schichtdienst der Rettungsdienste so gestaltet werden können, dass die Rettungsdienste die ihnen übertragenen Aufgaben der medizinischen Notfallversorgung auf qualitativ höchstem Niveau erfüllen können und gleichzeitig die Rettungsdienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter durch diese Belastung keiner gesundheitlichen Gefährdung ausgesetzt werden.
3. der städtischen Deputation für Inneres sechs Monate nach Beschlussfassung über die Aufgaben- und Arbeitssituation in den Rettungsdiensten zu berichten.

Björn Tschöpe,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen